



# Inhalt

Vorwort . . . . .	XXI
-------------------	-----

## EINLEITUNG

*Kapitel 1: Öffentliche Verwaltung als Sozialfaktor  
Von Fritz Morstein Marx*

Frühe absolutistische Formung . . . . .	3
Zum Begriff der Verwaltung 3; Hausmacht und Landesvater 3; Der kamaralistische Beitrag 4; Der neue Staat 5; Staatsmythos und Beamten- status 6.	
Die moderne pluralistische Perspektive . . . . .	7
Pluralismus – ein Schlagwort? 7; Der pluralisierte Staat 8; Auf welchen Garanten besteht letzter Verlaß? 9.	
Interessenfreie Wägung der Interessenstandpunkte . . . . .	11
Demokratisierung und funktionale Integrität 11; Institutionelle Mani- festation des Gemeinwohls 12.	
Planung und Vollzug . . . . .	14
Entscheidungsrisiko und Informationsbedarf 14; Die Verwaltung als In- formationslieferant 15; Vielgestaltigkeit des öffentlichen Dienstes 16; Vorsorge für Stabsarbeit 16; Gegenkraft der Gesamtschau 17; Verwal- tung im Zwielficht 17.	

## AUFBAU UND ARBEITSWEISE

*Kapitel 2: Zusammenfassung der Bauverwaltung in der Zentralinstanz im  
Lande Nordrhein-Westfalen  
Von Hans-Gerhart Niemeier*

Die Aufgaben der öffentlichen Hand im Baugeschehen . . . . .	23
Einleitende Gesichtspunkte 23; Das Bauwesen als Konjunkturfaktor 24; Die öffentliche Hand als Bauherr 24; Der Staat als Ordner des Bau- geschehens 25.	
Entwicklung der Organisation der staatlichen Bauverwaltung . . . . .	26
Allgemeine geschichtliche Entwicklung 26; Die Organisation in den Län- dern der Bundesrepublik außer Nordrhein-Westfalen 28; Die Organisa- tion in Nordrhein-Westfalen bis zum 1. Mai 1961 29; Zusammenfassende Würdigung der Entwicklung bis 1961 30.	
Grundsätze für eine moderne Organisation des staatlichen Bauwesens . .	31
Das Ministerium für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten des Landes Nordrhein-Westfalen . . . . .	32
Zustandekommen 32; Die jüngste Entwicklung 34; Aufgaben und Zu- ständigkeiten 35; Innerbetrieblicher Aufbau und Ordnung der Arbeits- weisen 37; Außenwirkungen der Neugestaltung 37.	
Erfahrungen und Erwartungen . . . . .	38
Erste Ergebnisse 38; Grenzen des Erreichbaren 39; Kritische Abwägung und ungelöste Fragen 39; Das Verhältnis von Bund und Land 40.	
Schrifttumsauswahl . . . . .	42

*Kapitel 3: Landschaftsverbände: Organisatorische Ordnung des Aufgabenbe-  
reichs*

*Von Helmut Naunin*

Die kommunale Mittelstufe der Verwaltung . . . . .	43
Die Mittelstufensysteme und ihre Verwirklichung 43; Die Aufgaben der kommunalen Mittelstufe 45; Parallelen im Ausland 47.	
Anstalten, Außenstellen und zentrale Ämter . . . . .	47
Die Notwendigkeit von Anstalten und Sondereinrichtungen innerhalb der Verwaltung 47; Das Verwaltungsverfahren der Anstalten, Außen- stellen und Landesämter 50.	
Die Hauptverwaltung der Landschaftsverbände . . . . .	51
Organisation und Organisationsgrundsätze 51; Die organisatorische Ein- gliederung der Anstalten und Außenstellen 53; Die Koordinierung des Geschäftsganges 54; Die technischen Hilfsmittel 55.	
Organe und Verbandsmitglieder . . . . .	56
Funktionsteilung der Organe 56; Zusammenspiel der bürgerschaftlichen	

Organe mit dem Verwaltungsorgan 57; Zusammenspiel mit Mitglieds- körperschaften 57.	
Eignung und Grenzen . . . . .	59
Entfaltung der landschaftlichen Selbstverwaltung 59; Leistungs- und Ord- nungsaufgaben in der Mittelstufe 59; Die politischen Einflüsse 59.	
Schriftumsauswahl . . . . .	60
 <i>Kapitel 4: Modernisierung der Polizeiarbeit in Frankfurt am Main</i> <i>Von Gerhard Littmann</i>	
Rückblick . . . . .	61
Bis zum ersten Weltkrieg 61; Wechselreiche Einflüsse 61; Der Polizei- auftrag 62.	
Schutzpolizei . . . . .	63
Allgemeine Entwicklung nach 1945 63; Das Stadtgebiet und die Zu- ständigkeit der kommunalen Schutzpolizei 64; Aufgaben und Dienst- leistungen der Schutzpolizei 67; Der Kleine Sicherheits- und Ordnungsdienst 67; Der Große Sicherheits- und Ordnungsdienst 69; Die Motorisierte Verkehrsüberwachung 70; Das Verkehrskommando 71; Die Automatische Verkehrsregelung 72; Das Verkehrsunfallkommando 74; Die Verkehrserziehung 75; Fernsprecher 75; Fernschreiber 75; Polizei-Morse- fugung 76; Ukw-Sprechfunk 77; Die Kraftfahrabteilung 78; Die Abteilung für Waffen und Gerät 78.	
Kriminalpolizei . . . . .	79
Bestimmende Faktoren 79; Arbeitsanfall 79; Kriminaltechnik 80; Daten- verarbeitung 80.	
Kommunale Polizei- und Ordnungsbehörde . . . . .	81
Entwicklung 81; Gestaltung des Aufgabenkreises 82; Schaffung der Polizei- und Ordnungsbehörde 85; Erfahrungen und Erwartungen 86.	
Quellenhinweis . . . . .	87
 <i>Kapitel 5: Sonderkreditinstitute für dringliche Spezialaufgaben in Bayern</i> <i>Von Otto Barbarino und Max Weiss</i>	
Staatliche Einflußnahme auf die Wirtschaft . . . . .	89
Finanzierungshilfen als Mittel staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik 89; Sonderkreditinstitute als staatliche Hilfsorgane 89; Sonderprobleme der Nachkriegszeit 90.	

Möglichkeiten verwaltungsmäßiger Abwicklung der Finanzierungshilfen . . . . .	90
Alternative: Durchführung durch unmittelbare Verwaltung 90; Alternative: Ausgliederung aus der Verwaltung, Beleihung von Kreditinstituten 91.	
Die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA) . . . . .	92
Bestimmende Umstände 92; Spezialaufgaben bei Gründung 93; Organisation 94; Probleme der Geschäftsführung 94; Wandel der Aufgaben und Einfluß auf Refinanzierung 95; Verbesserungsmöglichkeiten 97.	
Die Bayerische Landesbodenkreditanstalt (Labo) . . . . .	98
Anlaß 98; Kapitalausstattung und Aufgaben 98; Gewinnverwendung und ihre Probleme 99; Wettbewerbsfragen 100; Organisation und Änderungsvorschläge 101.	
Drei Bayerische Sonderkreditinstitute? . . . . .	102
Fusion der LfA mit der Labo 102; Die Funktion der Bayerischen Staatsbank 103.	
Ausblick . . . . .	103
Resümee 103; Neue Aufgaben im Rahmen unserer Wirtschaftsverfassung? 104.	
Schrifttumsauswahl . . . . .	105
 <i>Kapitel 6: Rationalisierung der Haushaltsarbeit im Kultusministerium Baden-Württemberg</i> <i>Von Karl Wäschle</i>	
Die Ausgangssituation . . . . .	107
Bedeutung und Umfang der alljährlichen Arbeit 107; Das bisherige Verfahren 108; Wesentliche Mängel 109.	
Bestimmung des Ziels und der Untersuchungsmethode . . . . .	110
Beschränkung auf Rationalisierung des Planverfahrens und der Planungstechnik 110; Entwicklung einer vereinfachten Untersuchungsmethode 110.	
Ergebnis der Organisationsuntersuchung . . . . .	111
Organisationsfehler in der Sachbehandlung: ungenügend differenzierte Direktiven, unnötiger Arbeitsballast, Doppelarbeit 111; Mängel in der bürotechnischen Durchdringung der Arbeitsabläufe 112.	
Die organisatorische Lösung . . . . .	113
Neues Planungsverfahren: Gezielte Datenanforderung, Beschleunigung des Datenflusses, zentralisierte Planaufstellung 113; Neue Planungstechnik: Verringerung der Schreib-, Rechen- und Zusammentragarbeit durch	

weitgehende Automatisierung 114; Alternativen bei der Auswahl der technischen Verfahren 115; Die Frage der Wirtschaftlichkeit 118.	
Auswirkungen der neuen Lösung . . . . .	120
Rascher Planungsablauf, Zeitgewinn für Sachentscheidungen 120; Wirtschaftliche Auswirkungen 120; Beeinträchtigung der Wirtschaftlichkeit? 122; Möglichkeiten der Weiterentwicklung 123.	
Schriftumsauswahl . . . . .	123

*Kapitel 7: Einsatz elektronischer Datenverarbeitungsanlagen in der Landesverwaltung Niedersachsens*

*Von Gerhard Roembeld*

Automation als Mittel zur Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung .	125
Automation als moderne Zeiterscheinung 125; Wesen, Möglichkeiten und Ziele 125; Beginnende Einsatzplanung in der öffentlichen Verwaltung 126; Bewußte Zurückstellung weiterreichender Möglichkeiten 126.	
Antriebe und Wege zur Automation von Verwaltungsaufgaben . . . . .	127
Die Automation als Notwendigkeit angesichts des zunehmenden Personal­ mangels 127; Konventionelle Lochkartenmaschinen oder Automation? 127; Ausdruck des gemeinschaftlichen Interesses von Legislative und Exe­ kutive 128; Arbeitsanalyse – Organisation – Automation 128.	
Praktische Durchführung der Automation . . . . .	129
Alternative: Rechenzentrum oder Spezialisierung der Automation? 129; Besondere Probleme 131; Das ressortneutrale Rechenzentrum im Nieder­ sächsischen Landesverwaltungsamt 132; Integration des Rechenzentrums in die Verwaltung 133; Personalauswahl und Personalaus­ bildung 134; Überwindung von Widerständen durch Klarstellung und Öffentlichkeits­ arbeit 135.	
Heutiger Stand der Automation . . . . .	136
In die Automation übergeleitete Aufgaben 136; Auswirkungen auf die Gestaltung des Arbeitsablaufs 138; Bewährung der Automation 140; Weitere Anwendungsgebiete 141; Automationsleistungen im Leitungs­ bereich 141; Nicht Verwaltung durch Maschinen, wohl aber Verwaltung mit Maschinen 142.	
Schriftumsauswahl . . . . .	143

*Kapitel 8: Organisatorische und betriebswirtschaftliche Planung von Verwal­ tungsneubauten in Hamburg*

*Von Ulrich Becker und Walter Reißmann*

Raumbedarf und Deckungsmaßnahmen . . . . .	145
Grenzen der Improvisation 145; Bedenkliche Konsequenzen 145; Maßnahmen zur Deckung des Raumbedarfs 146; Eigenbau oder Miete? 147; Konzentration oder Verteilung? 148; Lage in der Stadt 149.	
Vorbereitung der Projektplanung . . . . .	150
Bestimmung der Verwaltungserfordernisse 150; Planungsgruppe 150; Planungszeit 152.	
Grundlagen der organisatorischen Planung . . . . .	152
Aufnahme des Istzustandes 152; Überprüfung der Verwaltungsorganisation 153.	
Aufstellung des Raumprogramms und Ermittlung des Raumbedarfs . .	154
Raumprogramm 154; Ermittlung des Raumbedarfs 154; Arbeitsplätze 155; Verkehrsflächen 155; Garagen und Abstellplätze 156; Zukunftsbedarf 156; Ermittlung der Achsmaße und Raumtiefen 157.	
Einteilung des Gebäudes und flexible Raumgestaltung . . . . .	158
Zuordnung der Abteilungen zueinander 158; Großräume 158; Anpassung des Gebäudes an organisatorische Veränderungen 159; Mehrfachnutzung 160.	
Ausstattung der Arbeitsplätze . . . . .	161
Mitbestimmung 161; Ausstattung der Räume mit Mobiliar 161; Einbaumöbel 161.	
Betrieb eines Verwaltungsgebäudes . . . . .	162
Heizung 162; Klimaanlage 162; Verwendung von Glas 162; Auswahl des Fußbodenbelags 163; Hausmeisterwohnungen 163.	
Zusammenfassung . . . . .	164
Schrifttumsauswahl . . . . .	165

### *Kapitel 9: Bekämpfung der Kinderlähmung in Bayern*

*Von Erich Hein*

Die Bekämpfung der Seuchen . . . . .	167
Geschichtlicher Überblick 167; Allgemeine Maßnahmen 167; Schutzimpfungen 168.	
Wesen und Bedeutung der Kinderlähmung . . . . .	169
Natur der Krankheit 169; Vorkommen der Kinderlähmung 170; Folgen der Kinderlähmung 171.	

Schritte zur Bekämpfung der Kinderlähmung in Bayern . . . . .	174
Einführung der Meldepflicht 174; Allgemeine Maßnahmen 175; Zentren zur Behandlung von Erkrankten 175; Schutzimpfungen 176.	
Abwicklung der Schutzimpfungen . . . . .	178
Ermittlung und Ausräumung von Hindernissen 178; Vorbereitung der Schutzimpfungen 180; Durchführung der Schutzimpfungen 182.	
Ergebnis der Impfkationen . . . . .	184
Ausmaß der Beteiligung 184; Ergebnisse 185; Ausblick 185.	
Schriftumsauswahl . . . . .	186

## PERSPEKTIVEN DER PLANUNG

### *Kapitel 10: Entwicklungsplanung in Baden-Württemberg*

*Von Kurt Geiger*

Plan und Planung als Aspekte der industriellen Gesellschaft . . . . .	189
Veränderte Aufgaben der Verwaltung 189; Großräumige und langfristige Planung 190; Vielfalt der primären Planungsträger und Gebot der Integration 190.	
Unterschiedliche Ausdrucksformen der Planung . . . . .	191
Traditionelle Planungsformen 191; Verschiedene Ebenen der Planzusammenfassung 191; Zunahme der Fachplanung 193; Der Generalverkehrsplan als fachliches Investitionsprogramm 194; Krankenhausplanung als koordinierende Fachplanung 196; Wesen der Entwicklungsplanung 198.	
Entwicklungsplanung in Baden-Württemberg: Ausgangszustand und Ziel . . . . .	198
Planung für Teilaspekte: örtlich, regional, fachlich 198; Bauleitpläne 199; Regionalpläne 199; Landesentwicklungsplan und Gebietsentwicklungspläne 200; Fachliche Entwicklungspläne 201; Investitionsprogramme 201; Entwicklungsplanung als Gesellschafts- und Landespolitik 202; Ziel der Entwicklungsplanung 202.	
Aufstellung des Landesentwicklungsplans . . . . .	203
Datensammlung 203; Datenaufbereitung, Strukturanalyse und Prognose 204; Plankonzeption als Gemeinschaftsarbeit 206; Abstimmung mit den berührten Bereichen und politische Sanktion 207.	

Wirkung des Landesentwicklungsplans und der Gebietsentwicklungspläne . . . . .	208
Wirkung durch Überzeugungskraft 208; Verbindlichkeitserklärung als ultima ratio 209; Anpassung an den künftigen Entwicklungsablauf 209.	
Archiv für Verwaltungssoziologie im Innenministerium als Brücke zwischen Verwaltung und Soziologie . . . . .	210
Gesellschaftsbezogenheit 210; Soziologische Aspekte 210.	
Ausblick . . . . .	211
Schrifttumsauswahl . . . . .	211

*Kapitel 11: Der große Hessenplan als langfristige Aufgaben- und Investitionsplanung einer Landesregierung*

*Von Willi Hüfner*

Vorläufer des Großen Hessenplans . . . . .	213
Die neue Bedarfslage 213; Der erste Hessenplan 213; Einzelpläne und Programme 214.	
Das grundsätzlich Neue . . . . .	215
Verbesserte Planungsmöglichkeiten 215; Ein langfristiger Handlungsrahmen 215; Quantifizierung aller Entwicklungen 216; Abstimmung der Investitionen aufeinander 216; Planung ohne Vollzugsverbindlichkeit 217.	
Die Vorbereitung und Aufstellung des Plans . . . . .	217
Planung als Gemeinschaftsleistung 217; Beratung im Arbeitsausschuß 218; Zentrale Bearbeitung durch einen besonderen Arbeitsstab 219; Verabschiedung durch das Kabinett 220.	
Inhalt des Plans . . . . .	220
Gesamtentwicklung des Landes 220; Ausgewählte Zielvorstellungen 222; Die vorgesehenen Investitionsprogramme 223; Der erste Durchführungsabschnitt 224.	
Abwicklung des Plans . . . . .	225
Jährliche Bewilligung der Mittel 225; Übernahme der Planung durch öffentliche und private Träger 225; Mitfinanzierung durch das Land 226.	
Vorgesehene Kontroll- und Weiterarbeit . . . . .	227
Laufende Überwachung der Planungsgrundlagen 227; Erarbeitung der Durchführungsabschnitte 227; Mehrjährige Ergebnisrechnung 227; Entwicklung der Organisationsform 228.	
Ausblick . . . . .	229

Schrifttumsauswahl . . . . .	230
------------------------------	-----

*Kapitel 12: Aufstellung eines Mehrjahresplans für Duisburg*

*Von Gustav Giere*

Der Weg zum Duisburger Mehrjahresplan . . . . .	231
Knappere Haushaltsmittel bei wachsenden Aufgaben 231; Notwendigkeit der Bildung verwaltungsmäßiger und finanzieller Schwerpunkte 232; Unzulänglichkeit des Jahresrhythmus im Gemeindehaushalt 233; Besondere Schwierigkeiten bei Investitionen im Zuge des Wiederaufbaus 234.	
Zweck und Form des Fünfjahresplans . . . . .	234
Anregungen und Vorerwägungen 234; Wahl des Modells 235; Erhoffte Ziele 236; Grundzüge des Mehrjahresplans 237.	
Werdegang des Fünfjahresplans . . . . .	238
Ausgangspunkt 238; Schwierigkeit der Vorausschätzung von Einnahmen und Ausgaben 239; Gesamtplan und Schwerpunktprogramm 241; Verhältnis von Mehrjahresplan zum Einjahres-Haushaltsplan, insbesondere die Frage der Bindung beider 241; Politische Fühlungnahme und Reaktionen 243.	
Ausführung des Finanz- und Wirtschaftsplans . . . . .	244
Zusammenarbeit in der Stadtverwaltung 244; Laufende Anpassung des Plans an die tatsächlichen Ausgaben und Einnahmen 245; Neubearbeitung im Zweijahresrhythmus 246; Zwang zur finanziellen Disziplin 247.	
Der Gewinn größerer Klarheit . . . . .	247
Einladung zum Realismus 247; Sammlung von Erfahrungen 248; Der Mehrjahresplan als nützliches Werkzeug für Rat und Verwaltung 249.	
Schrifttumsauswahl . . . . .	250

*Kapitel 13: Regionale Planung und Entwicklung im Großraum Hannover*

*Von Karl Ahrens*

Notwendigkeit regionaler Zusammenarbeit . . . . .	251
Bauleitplanung und Ordnung des größeren Raumes 251; Bundesraumordnungsgesetz und Landesplanungsgesetze 252.	
Schaffung des Verbandes Großraum Hannover . . . . .	253
Ursprüngliche Situation 253; Verteilung der Initiativen 254; Das Gesetz zur Ordnung des Großraumes Hannover 255.	
Verbandsverfassung . . . . .	255
Organisatorische Grundlagen 255; Mitgliedschaft und Vertretung der	

kommunalen Gebietskörperschaften 256; Innere Organisation 257; Vertretung von Fach- und Sonderinteressen 259; Finanzwesen 260; Aufsicht 261.	
Planungs- und Entwicklungsaufgaben des Verbandes . . . . .	262
Spezialität und Subsidiarität 262; Regionale Planung 262; Planungsakzessorische Kompetenzen 265; Regionale Grundstückspolitik und andere Maßnahmen 266; Übertragene Aufgaben 266.	
Die Zukunft der Region . . . . .	267
Nachteile und Schwächen der bisherigen Lösung 267; Planungs- oder Verwaltungsregion? 268.	
Schrifttumsauswahl . . . . .	269

### INNERE BETEILIGUNG

#### *Kapitel 14: Unterrichtung der Hamburgischen Dienstkräfte über Wirtschaftlichkeit*

*Von Ulrich Becker und Manfred Arp*

Öffentliche Verwaltung und Wirtschaftlichkeit . . . . .	273
Bedeutung der Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung 273; Wirtschaftlichkeit aus der Sicht der Dienstkräfte 274; Wirtschaftlichkeit aus der Sicht des Bürgers 276; Wirtschaftlichkeit aus der Sicht der öffentlichen Verantwortung 276.	
Ziele und Methoden der Unterrichtung . . . . .	277
Förderung des Kostenbewußtseins 277; Weckung der Initiative und des Teilhaberbewußtseins 277; Anregung zu kritischem Denken 278; Formen der Unterrichtung 279.	
Schulung des Verwaltungsnachwuchses in Organisation und Wirtschaftlichkeit . . . . .	279
Überwindung der im Wege stehenden Schwierigkeiten 279; Vorbereitung eines Stoff- und Zeitplans 281.	
Stoffplan . . . . .	283
Einführung des neuen Unterrichtsfachs 285; Erfahrungen 285.	
Weiterbildung der Dienstkräfte in Fragen der Wirtschaftlichkeit . . . . .	287
Möglichkeiten und Hemmnisse 287; Tagungen, Seminare und Kurse 287; Bisherige Auswirkungen 289.	

Andere Quellen der Unterrichtung . . . . .	290
Tätigkeit der »Organisatoren« 290; Rationalisierungsmaßnahmen und Verwaltungsvereinfachung 290; Kostenrechnung und Wirtschaftlichkeits- berechnung 292.	
Gesamtwürdigung . . . . .	293
Schrifttumsauswahl . . . . .	293

*Kapitel 15: Bewertung der Dienstposten bei der Deutschen Bundespost*  
*Von Otto Kaiser*

Zweck der Dienstpostenbewertung . . . . .	295
Begriff und Wesen 295; Abgrenzung des Gegenstandes 296; Verpflich- tung zur Dienstpostenbewertung aus rechtlichen Gründen 297; Unerläß- lichkeit aus personalwirtschaftlichen Gründen 298.	
Historische Entwicklung . . . . .	299
Ursprung der Bewertung 299; Initiative und erste praktische Versuche der deutschen Postverwaltung 300; Phasen der Ausgestaltung 301.	
Hauptgrundsätze und Systeme der Dienstpostenbewertung . . . . .	301
Allgemeine Grundsätze 301; Übersicht über die wichtigsten Bewertungs- systeme 302; Theoretische Gesichtspunkte, praktische Gegebenheiten und Harmonisierung 303.	
Handhabung der Dienstpostenbewertung bei der Deutschen Bundespost . . . . .	304
Bestimmung der Voraussetzungen 304; Ablauf des Bewertungsverfah- rens 306; Erfassen der Ergebnisse 307; Haltung der Dienstkräfte 309; Dienstpostenbewertung und Planstellenhaushalt 310.	
Künftige Entwicklung . . . . .	310
Weitere Entwicklungsmöglichkeiten 310; Durchführung eines analyti- schen Bewertungsverfahrens 312; Gesamtwürdigung 315.	
Schrifttumsauswahl . . . . .	316

*Kapitel 16: Staatswissenschaftliche Fortbildung im öffentlichen Dienst: Die*  
*Hessischen Hochschulwochen*  
*Von Susanne Kriebel*

Die Anfänge . . . . .	317
Nachkriegslage des öffentlichen Dienstes 317; Der Fortbildungsgedanke 317; Vorbereitende Schritte 318; Die Bad Homburger Hochschulwochen 1952 319.	
Das Werden einer Einrichtung . . . . .	319

Die ersten Jahre 319; Maßgebliche Persönlichkeiten 320; Organisatorische Alternativen 321; Die Werbekraft der Bewährung 321.	
Sinn und Zweck der allgemeinen Fortbildung . . . . .	322
Abgrenzung der eigentlichen Aufgabe 322; Gesichtspunkte für die Themenwahl 323; Grundsätzliches zum Referenten- und Teilnehmerkreis 324; Pädagogische und praktische Ziele 326.	
Tagungsplanung und Jahresprogramme . . . . .	326
Initiative und Beratung 326; Programmgestaltung 327; Ort und Zeit 327; Kulturelle Rahmenveranstaltungen 327.	
Tagungsablauf . . . . .	328
Die Organisation der Hochschulwoche im einzelnen 328; Vorbereitung der Vortragsreihe 328; Die Geschäftsstelle 334; Verarbeitung des Dargebotenen 334.	
Ergebnisse und Ausblick . . . . .	335
Rechenschaftsbericht 335; Resonanz der Themen und Referenten 335; Sammlung der Vorträge 336; Aspekte für die Zukunft 337.	
Veröffentlichungen . . . . .	337

*Kapitel 17: Behördliches Vorschlagswesen in der Landesverwaltung Nordrhein-Westfalen*

*Von Werner Ruckriegel*

Einführung des Behördlichen Vorschlagswesens . . . . .	339
Das Vorschlagswesen als Teil des Bemühens um eine Verbesserung der Landesverwaltung 339; Vorbereitung und Beginn 340.	
Organisation und Verfahren . . . . .	342
Das Vorschlagswesen als ständige Einrichtung 342; Abgrenzung und Definition 342; Der Interministerielle Ausschuß 344; Unmittelbarkeit, Vertraulichkeit, Anonymität 345; Prüfung und Entscheidung 347; Annahme oder Ablehnung 348; Auswertung 350; Austausch von Vorschlägen 351; Werbung 352.	
Ergebnisse des Behördlichen Vorschlagswesens . . . . .	354
Beteiligungsquote und Teilnehmerkreis 354; Art der Vorschläge 355; Zahl und Höhe der Prämien 356; Einsparungen und sonstige Auswirkungen 357; Deutung und Ausblick 358.	
Schriftumsauswahl . . . . .	360

*Kapitel 18: Das Vorschlagswesen in der Berliner Verwaltung*

*Von Gerhard Seidel*

Das Vorschlagswesen als zusätzliche Rationalisierungsquelle . . . . .	361
Ursprüngliche Konzeption 361; Form der Einführung und weitere Entwicklung 363.	
Angestrebte Haupt- und Nebenziele . . . . .	364
Vereinfachung, Verbesserung und Einsparungen 364; Erschließung neuer Einnahmequellen 364; Schaffung von Erleichterungen für das Publikum 364; Vervollkommnung der Fürsorge für die Verwaltungsangehörigen 365; Anregung der Mitwirkung für die Verwaltungsangehörigen 365.	
Wesenszüge des Berliner Vorschlagswesens . . . . .	365
Umfang des Anwendungskreises 365; Durchführbarkeit und Durchführungsreife 366; Kennzeichnung, Form und Inhalt des Vorschlages 367; Erklärung über die Urheberschaft 367; Prüfungsausschuß 368; Sachentscheidung 369; Art der Durchführung von Vorschlägen 371; Formen der Anerkennung für verwertbare Vorschläge 371.	
Bewährung des Berliner Vorschlagswesens . . . . .	372
Allgemeine Würdigung 372; Herkunft der Vorschläge nach Laufbahngruppen und Behördenzugehörigkeit 373; Welche sachlichen und personellen Verbesserungen wurden angestrebt? 373; In welchem Zahlenverhältnis wurden Vorschläge angenommen oder abgelehnt? 373; Haltung der Dienstkräfte 374; Einstellung der Behördenleitung 375; Bewertung im Hinblick auf angestrebte Ziele 376.	
Ausblick . . . . .	376
Notwendigkeit des Vorschlagswesens 376; Starke und schwache Punkte 377; Ausbaumöglichkeiten 378.	
Schrifttumsauswahl . . . . .	379

*Kapitel 19: Gestaltung der behördlichen Informationstätigkeit in Nordrhein-Westfalen*

*Von Hans Hämmerlein*

Allgemeine Voraussetzungen . . . . .	381
Das Verhältnis von Behörde und Bürger in der Demokratie 381; Die Informationspflicht der Behörden 382; Das Informationsinteresse der Öffentlichkeit 382; Informationsregelung innerhalb des behördlichen Apparates 383; Notwendige Grenzen informatorischer Tätigkeit 384; Bürokratische Tendenzen und psychologische Faktoren 385.	
Die hauptsächlichlichen Informationsziele . . . . .	385
Vertrauen der Allgemeinheit 385; Erleichterung des Geschäftsgangs 386; Unterrichtung über Gesetzesanwendung 387; Vorbereitung und Verwaltungsplanung 388; Steigerung der behördlichen Leistungsfähigkeit 388.	

Organisation der Informationstätigkeit . . . . .	389
Erfassung der Tatbestände 389; Nutzen eines zentralen Büros 390; Koordinierung mit anderen Informationsstellen 391.	
Informationsmittel in den Verwaltungsebenen Nordrhein-Westfalens . . .	391
Übersicht 391; Die schriftlichen Informationen: Amtsblätter 392; Be- hördliche Informationsschriften 394; Presseinformation 397; Die behör- deninterne Information 400; Die mündlichen Informationen: Vortrags- veranstaltungen 401; Die Einzelauskunft 402; Behördeninterne Infor- mationsveranstaltungen 403; Die bildlichen Informationen: Ausstellun- gen 404; Film- und Dia-Reihen 405.	
Ungelöste Probleme . . . . .	406
Koordinierung der herauszustellenden Themen 406; Informationspolitik und Leitungsaufgabe 406.	
Schrifttumsauswahl . . . . .	407

## SCHLUSS

### *Kapitel 20: Verwaltung im öffentlichen Bewußtsein* *Von Fritz Morstein Marx*

Wie bildet sich eine Institution? . . . . .	411
Verwaltung als Institution 411; Ansporn äußerer Geltung 412.	
Verwaltung als Verhaltensbeeinflussung . . . . .	413
Formung von Verhaltensrichtlinien 413; Verwaltung als laufendes Ge- schäft 414.	
Das wandernde Auge der Öffentlichkeit . . . . .	414
Altes und Neues 414; Unbefriedigtes Informationsbedürfnis 415; Selbst- herrliche Verwaltung? 416; Opposition der Intellektuellen 416.	
Der »böse« Staat . . . . .	418
Anprall des Neuen 418; »Bewegung« und Verwaltung 419; Die Frage des Vertrauens 419; Not und Tugend 420.	
Öffentliche Verwaltung als Jedermanns Verwaltung . . . . .	421
»Volksnahe« Verwaltung? 421; Gesichtspunkte für den Kundendienst 422.	
<i>Personen- und Sachverzeichnis . . . . .</i>	<i>425</i>